

DAS VORSORGEPRINZIP IM UMWELTRECHT

von
Dr. Roland Fleury



CARL HEYMANNS VERLAG KG
Köln · Berlin · Bonn · München

Inhalt

Vorwort	VII
A. Problemstellung	1
I. Die Grundprinzipien des Umweltrechts	2
1. Das Verursacherprinzip	2
2. Das Gemeinlastprinzip	3
3. Das Kooperationsprinzip	4
4. Das Schutzprinzip oder Gefahrenabwehrprinzip	5
5. Das Vorsorgeprinzip	6
a) Gefahrenvorsorge	7
b) Ressourcenvorsorge	8
c) Das Vorsorgeprinzip als Ergänzung des Schutzprinzips	8
II. Terminologie	10
III. Das Umweltgesetzbuch	11
IV. Schutzgut der Vorsorge: »Die Umwelt«	12
1. Schutz der Umwelt »vor dem Menschen«?	12
2. Schutz des Menschen »vor der Umwelt«?	12
3. Ergebnis: Schutz der Umwelt »um des Menschen willen«	13
4. Aber auch: Schutz der »natürlichen Umwelt« um künftiger Generationen willen	14
V. Vorsorge als Gefahr für den Rechtsstaat	15
1. Vorsorge und Verwaltungskontrolle	15
2. Aushöhlung rechtsstaatlicher Garantien	16
VI. Ergebnis	18
B. Das Vorsorgegebot in der Rechtsprechung	19
I. Verwaltungsgerichte	19
II. Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	22
III. Vorsorge außerhalb des Umweltrechts	24
IV. Ergebnis	24
C. Umweltschutz und Gefahrenvorsorge als staatliche Aufgaben	27
I. Notwendigkeit der Gefahrenvorsorge	27
II. Rückzug des Rechts aus dem Umweltschutz?	28
1. Die Problematik rechtlicher Regelung	28

2. »Alternative Wirtschaftsethik«?	29
3. Rechtlicher Interessenausgleich zwischen Ökologie und Ökonomie	30
III. Verfassungsrechtliche Pflicht zur Vorsorge?	31
1. Vorsorgepflicht aus den Grundrechten?	32
a) Grundrechte als Abwehrrechte gegen den Staat	32
b) Wirkung der Grundrechte unter Privaten	33
aa) Keine unmittelbare Drittwirkung	34
bb) Staatliche Schutzpflichten	34
cc) Das Recht auf das »Existenzminimum«	35
2. Vorsorgepflicht aus sonstigen Verfassungsnormen?	36
IV. Ergebnis: Keine konkreten Umweltschutzpflichten	37
 D. Vorsorge und Gefahrenabwehr	39
I. Die Gefahrenschwelle	40
1. Definition der Gefahr	40
2. Bestimmung eines Schwellenwertes	40
3. Ergebnis	42
II. Die Vorsorgeschwelle	42
1. Abhängigkeit von der Gefahrenschwelle	42
2. Grenzfälle	44
3. Notwendigkeit der Abstufung von Gefahren- und Vorsorgeschwelle	44
4. Tatbestandsvoraussetzungen der Vorsorge	45
a) Gefährdungspotentiale unter der Gefahrenschwelle	45
b) Der Gefahrenverdacht	47
aa) »Gefahr«	50
bb) »Anscheinsgefahr«	50
cc) »Putativgefahr«	50
dd) »Gefahrenverdacht«	51
ee) Sonderfälle	51
ff) Unaufklärbarkeit	53
c) Gefährdungspotentiale unbekannter Größe	53
d) Ergebnis	55
III. Die Vorsorgemaßnahme als Gefahrforschungseingriff	56
1. Der »nicht hinnehmbare Schaden«	58
2. Kein Gefahrenverdacht ohne tatsächliche Anhaltspunkte	62
3. Abgrenzung zum Restrisiko: Der Maßstab praktischer Vernunft	63
4. Vorsorge nach Verwaltungsermessen?	65
5. Ergebnis	66
 E. Risiko und Störerhaftung	69
I. Handlungs- und Zustandsstörer	70
II. Haftung des »Anscheinstörers«	70
III. Störerhaftung bei Verdachtslagen	71
1. Nicht vergleichbare Fälle	71
a) Verantwortlichkeit für »Altlasten«	71
b) Eigensicherung gefährdeter Objekte	72

2. Allgemeines	72
3. Sonderfall Umweltrecht?	73
4. Beweislast	73
a) Formelle Beweislast	74
b) Spezialgesetzliche Beweislast des Verdachtstörers	74
aa) Negativbeweis und Amtsermittlungsgrundsatz	74
bb) Beweislastabwälzung und grundrechtlich geschützte Freiheit	75
cc) Das Verbot mit Erlaubnisvorbehalt	75
c) Materielle Beweislast und Mitwirkungspflichten	81
5. Vorläufige Inanspruchnahme?	83
6. Ergebnis	83
F. Grundrechte als Grenze der Vorsorge	87
I. Betroffene Grundrechte	87
II. Schranken	87
III. Schranken-Schranken	88
IV. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	90
1. Die Prüfung der Verhältnismäßigkeit	90
2. Abwägung des Unwägbaren?	91
3. Die Verhältnismäßigkeit von Vorsorgemaßnahmen	92
V. Entschädigungspflicht	94
1. Aufopferung	94
2. Entschädigungspflicht von Eigentumseingriffen	96
VI. Ergebnis	98
G. Ressourcenvorsorge	101
Gesamtergebnis	105
Abkürzungen	109
Literatur	113